

deshalb in den letzten Jahren zugenommen.

Von solchen Voraussetzungen abgesehen bleibt die Religionspolitik der Volksrepublik China selbst zu widersprüchlich, um gerade für die katholische Kirche dort eine einigermaßen sichere Prognose zuzulassen. Neben Berichten über *weitere Öffnungen von Kirchen und kirchlichen Ausbildungsstätten* mehren sich in den letzten Monaten auch Hinweise auf *Verhaftungen katholischer Priester*, die nicht der patriotischen Vereinigung zuzurechnen sind. Das deutet darauf hin, daß die

kommunistische Führung Chinas weiterhin entschlossen ist, alles zu unterdrücken, was sich nicht ihrem Verständnis von nationaler Souveränität und „patriotischer“ Gesinnung einordnet, daß sie aber wohl mit sich reden ließe, wenn der Vatikan bereit wäre, eine Art katholischer Nationalkirche in China anzuerkennen. Trotz Vermittlungsversuchen wie solcher des Erzbischofs von Canterbury, *Robert Runcie*, bei dessen jüngstem Besuch in Peking (vgl. HK, Februar 1984, 96), ist kaum mit kurzfristigen Entwicklungen zu rechnen.

Wenn einer der von der vatikanischen Rücktrittsaktion betroffenen ehemaligen Apostolischen Präfekten, der in Innsbruck lebende Kapuziner *Herme-negild Hintringer*, meint, nach seiner Kenntnis werde es sehr „schwierig“ sein, das Vorhaben des Heiligen Stuhls, die Wiederaufnahme der Verbindung zur katholischen Kirche in China möglich zu machen, zu verwirklichen, und es sei falsch, diesbezüglich „allzu optimistisch“ zu sein (vgl. Kathpress, 7. 3. 84), dürfte er für absehbare Zeit damit mehr als recht haben. *E. U.*

Zweischneidige Loyalität

Deutsche Mittelamerika-Politik im Schatten der USA

Trotz verschiedener Versuche, den Konfliktherd Mittelamerika zu entschärfen, verstricken sich die USA immer mehr darin. Ist für die Bundesrepublik in dieser Situation Loyalität gegenüber der westlichen Führungsmacht alleinige Pflicht, oder wäre aus der Position des sicheren Bündnispartners mehr Überzeugungsarbeit nicht hilfreicher?

Die politische Krise in Mittelamerika hat, seit es sie gibt, publizistische Anteilnahme in ausreichendem Maß erfahren. Dies gilt auch für die Bundesrepublik, und nicht nur osteuropäische Beobachter konstatieren in unseren Medien „vergessene Kriege“ (wie die Kämpfe in Afghanistan und den lange Zeit kaum beachteten Golfkrieg) und solche, die wie der Bürgerkrieg in El Salvador über Jahre von einer recht genauen und ausführlichen Frontberichterstattung über eroberte und rückeroberte Marktflecken begleitet werden.

Die hohe Publizität des Themas in der Bundesrepublik hat mit der entscheidenden Rolle zu tun, die die Vereinigten Staaten in Mittelamerika spielen. Dem entspricht im politischen Bereich eine deutliche Annäherung der Regierungskoalition an den offiziellen amerikanischen Standpunkt beziehungsweise eine spürbare amerikakritische Haltung bei der Opposition.

Sicherheitsinteressen und moralische Verpflichtungen

Die Mittel- und Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten ist mit der kurzen Unterbrechung der Carter-Administration immer mehr Innen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik gewesen als Außenpolitik, die ja wenigstens ansatzweise partnerschaftlich konzipiert ist. Die Befangenheit der Amerikaner in der Mittelamerika-Krise, die unter der Präsidentschaft *Ronald Reagans* allerdings alle

Merkmale eines Dilemmas annimmt, hat eine lange Geschichte, und den jüngsten Ankündigungen ist zu entnehmen, daß der Präsident keine entscheidenden Korrekturen an der traditionellen hegemonialen und antikommunistisch geprägten Mittelamerika-Politik vorzunehmen gedenkt. Die Priorität strategischer und sicherheitspolitischer Aspekte und damit die Einordnung aller Mittelamerika betreffenden Daten in das ideologisch und machtpolitisch fixierte Ost-West-Schema hat Präsident Reagan wiederholt herausgestellt (vgl. HK Juni 1983, 274 ff.).

Eine deutliche Akzentverschiebung setzte allerdings der Bericht der überparteilichen *Kissinger-Kommission*. Die USA täten gegenwärtig viel zu wenig für die mittelamerikanische Region und verschlimmerten mit ihrer Politik der kleinen Schritte die Krisensituation zusätzlich, heißt es in der von allen zwölf Kommissionsmitgliedern getragenen grundsätzlichen Stellungnahme. Die Kommission schlägt einen Hilfsplan für die kommenden fünf Jahre vor, der ein „nahtloses Gewebe“ aus wirtschaftlichen, politischen, sozialen und militärischen Maßnahmen abgeben soll, die gleichzeitig berücksichtigt werden müßten, wenn der Plan erfolgreich sein solle. Die Wirtschaftshilfe müsse für diesen Zeitraum auf mindestens 8,4 Milliarden Dollar erhöht werden.

Der Kommissionsbericht stellt die nationalen Sicherheitsinteressen neben die moralische Verpflichtung, „unseren Nachbarn in ihrer Not zu helfen“. Ein *Soforthilfe-Programm* sei notwendig, um den erschreckenden wirtschaftlichen Niedergang der Region aufzuhalten. Zu diesem Zweck soll die Entwicklungshilfe für Mittelamerika in diesem Jahr auf 800 Millionen Dollar verdoppelt werden. Das langfristige Programm der Kissinger-Kommission sieht einen *Hilfsfonds* von acht Milliarden Dollar vor, den die Amerikaner als ihren Anteil an dem errechneten Min-

destbedarf für die Entwicklung der Region von 24 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen sollen. Die restlichen zwei Drittel sollen andere westliche Industrienationen, internationale Organisationen und private Kreditgeber übernehmen. Die Militärhilfe für El Salvador soll nach Empfehlung der Kommission in den kommenden zwei Jahren um 400 Millionen Dollar aufgestockt werden, allerdings unter der Bedingung humanitärer Fortschritte im Land, vor allem der Abschaffung der rechtsgerichteten Mordkommandos. Dazu müsse die Regierung dem Kongreß alle halbe Jahre einen Bericht über die Lage der Menschenrechte in El Salvador vorlegen. Die Kommission befürwortete politische Gespräche mit der Guerilla nach den Wahlen vom 25. März, warnte jedoch vor der Unterstützung eines möglicherweise totalitären neuen Regimes. Das „marxistisch-leninistische Regime“ in *Nicaragua* bedrohe die Sicherheit der ganzen Region und rechtfertige daher die amerikanische Unterstützung der antisandinistischen Rebellen, heißt es in dem Bericht der Kissinger-Kommission.

Während der Bericht vor allem von demokratischen Abgeordneten beider Häuser mit der Begründung abgelehnt wurde, er ermögliche dem Präsidenten die Fortsetzung seiner umstrittenen Politik mit wesentlich höherem Budget, lobte Reagan die Arbeit der Kommission. Nachdem in ersten Stellungnahmen des Präsidenten und einiger seiner Mitarbeiter die *Koppelung der Militärhilfe an humanitäre Auflagen* nicht erwähnt oder aber kritisiert wurde, betonte Kissinger vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats noch einmal, die Vorschläge der Kommission müßten als Paket akzeptiert und umgesetzt werden, wenn sie erfolgreich sein sollten. Mitte Februar bat Präsident Reagan den Kongreß dringend um Zustimmung für insgesamt 8,9 Milliarden Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe in den kommenden fünf Jahren, 178 Millionen zusätzliche Militärhilfe und 132 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe für *El Salvador* noch im laufenden Haushaltsjahr. Vom Vorschlag der Kissinger-Kommission abweichend versprach er dem Parlament einen detaillierten Bericht über die Lage der Menschenrechte in El Salvador und kündigte nicht näher umschriebene Auflagen für weitere Militärhilfe an. Auf heftige Kritik stieß die Ankündigung des Präsidenten, Guatemala, dessen Gewaltregime seit 1977 keine Militärhilfe von den USA erhalten haben, im kommenden Haushaltsjahr 10,3 Millionen Dollar Militärhilfe zukommen zu lassen.

Reagan vorläufig die Hände gebunden

Zu den schärfsten Kritikern der amerikanischen Mittelamerika-Politik zählen die *katholischen Bischöfe* der USA. In zahlreichen gemeinsamen Stellungnahmen und Erklärungen einzelner Bischöfe lehnten sie in den vergangenen drei Jahren die militärische Unterstützung mittelamerikanischer Regime als ungeeignete Lösungsversuche ab und forderten mehr Dialog- und Verhandlungsbereitschaft von allen Beteiligten. Nach Veröffentlichung des Berichts der Kissinger-Kommission erklärte der Erzbischof von

Chicago, Kardinal *Joseph Bernardin*, die Empfehlungen der Kommission widersprächen den Vorstellungen der Bischöfe: „Gemeinsam mit anderen ist es uns, glaube ich, gelungen, ein größeres militärisches Engagement der USA zu verhindern; was wir nicht erreichen konnten, ist ein grundsätzliches Überdenken der amerikanischen Politik in Zentralamerika“ (NC News Service, 30. 1. 84).

Das auf massiver Wirtschafts- und Militärhilfe für Mittelamerika basierende Konzept der amerikanischen Regierung bedarf der Zustimmung des Kongresses. Vor allem im Repräsentantenhaus ist der Eindruck entstanden, Reagan setze letztlich doch auf militärische Lösungen. Der Versuch des Präsidenten, der *salvadorianischen Armee* noch vor dem 25. März mit 180 Millionen Dollar zu Hilfe zu kommen und gleichzeitig auf dem Umweg über andere zur Bewilligung anstehende Posten weitere 20 Millionen Dollar für Waffenhilfe zugunsten der an der Grenze zu Nicaragua kämpfenden „*Contras*“ durchzusetzen, hat diesen Verdacht gestärkt. Wie in früheren Fällen reagierte der Kongreß, indem er die Entscheidung hinauszögerte. Damit sind dem Präsidenten vorläufig die Hände gebunden, in den empfindlichsten Regionen El Salvador und Nicaragua aber bewirken solche inneramerikanisch motivierten politischen Leerläufe Verunsicherung und wachsende Ungeduld der dortigen Regierungen. Vor allem die sandinistische Regierung in Nicaragua reagiert mit offensichtlicher Nervosität auf die teils absichtlich mehrgleisige, teils unfreiwillig unberechenbare amerikanische Politik.

Die Präsenz von 1700 amerikanischen Militärberatern in Honduras und kurzfristig anberaumte US-Manöver auf honduranischem Boden bilden einen augenfälligen Kontrast zu dem *Friedensplan der Contadora-Staaten* (Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela), dem die mittelamerikanischen Staaten, also auch Nicaragua, im Januar dieses Jahres wenigstens formal zugestimmt haben. Die Verwirklichung dieser Absichtserklärungen für eine friedliche Ordnung in Mittelamerika würde bedeuten: das Einstellen der Rüstungsanstrengungen, was vor allem Nicaragua und das amerikanische Engagement in Honduras beträfe; die Aktivitäten „irregulärer Kräfte“, das heißt, der in Costa Rica, Honduras und Nicaragua operierenden Guerilleros, müßten unterbunden werden; die Wahrung der Menschenrechte und freie, alle gesellschaftliche Gruppen berücksichtigende Wahlen müßten durchgesetzt werden – für die Regierungen von Nicaragua und Guatemala eine Existenzfrage. Die katholischen Bischofskonferenzen der fünf mittelamerikanischen Länder unterstützen die Contadora-Initiative und haben sich wiederholt gegen die „interventionistische Politik“ fremder Staaten gewandt: „Unser Volk leidet auch unter der Einmischung fremder Mächte, die jene Kräfte in unseren Ländern unterstützen, die den eigenen Interessen am meisten entgegenkommen und die meistens dem Volk fernstehen oder sich sogar gegen es stellen“ (Erklärung des Bischöflichen Sekretariats von Mittelamerika und Panama, August 1983).

Die Wurzel des Übels

Der deutsche wie auch der europäische Beitrag zur Behebung der mittelamerikanischen Krise muß auf dem Hintergrund der oben beschriebenen, einander ausschließenden Lösungsversuche entwickelt werden: der amerikanischen Interventionspolitik (in begrenztem Umfang und mit unsicherer Perspektive im Jahr der Präsidentschaftswahlen) und dem originär lateinamerikanischen, die politische Uneigennützigkeit der betroffenen Regime stark strapazierenden *Contadora-Friedensplan*.

Die *Debatte im deutschen Bundestag zur Lage in Mittelamerika* am 27. Januar ergab ein klares Votum für die Herstellung der politischen Stabilität in dieser Region, aber auch, daß bisher noch nicht viel geschehen ist, was unter dem Begriff deutsche Mittelamerika-Politik denkbar und für sinnvoll und wünschenswert gehalten wird. In der Antwort auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion setzte das Auswärtige Amt für die Bundesregierung neben allgemeinen Feststellungen und Absichtserklärungen jedoch *einige wenige eindeutige Akzente*, die der deutschen Mittelamerika-Politik in den kommenden Jahren Konturen geben könnten. So heißt es zu den Ursachen der mittelamerikanischen Krise, sie lägen „weithin in überkommenen, nicht mehr tragfähigen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen“ (Bundestagsdrucksache 10/922 vom 25. 1. 84). Hier wird die *Wurzel des Übels* genannt, während nach amtlicher amerikanischer Interpretation bis zum Erscheinen des Kissinger-Berichts die sowjetische Expansionspolitik als Konfliktursache propagiert wurde. In der Antwort der Bundesregierung wird mehrfach und unter Berufung auf die Stuttgarter Erklärung des Europäischen Rates vom Juni 1983 unterstrichen, daß die Probleme Mittelamerikas nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können und die Bundesregierung Ansätze für eine politische Lösung, wie sie die Contadora-Initiative darstelle, unterstütze.

Auch im Hinblick auf die angespannte Lage in Nicaragua fordert die Bundesregierung, daß die „Grundsätze der Nichteinmischung und Unverletzlichkeit der Grenzen“ beachtet werden müßten. Während Kuba in diesem Zusammenhang ausdrücklich genannt wird, bleiben die Vereinigten Staaten unerwähnt. Die Entwicklung in Nicaragua wird als besorgniserregend bezeichnet: „Die herrschende sandinistische Regierungsjunta hat seit der Ablösung des Somoza-Regimes, die mit breiter Unterstützung der Bevölkerung erfolgte, die selbst formulierten Prinzipien, nämlich Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung und Blockfreiheit zunehmend verlassen. Demokratische Kräfte, die wesentlich zur Ablösung des Somoza-Regimes beigetragen hatten, wurden entmachtet und teilweise aus dem Land vertrieben. De facto besteht heute ein *Einparteiensystem* mit der FSLN, die sich selbst als marxistisch-leninistisch bezeichnet, als Staatspartei. Diese verkündete noch bis in die jüngste Zeit lautstark ihren Anspruch, Vorkämpferin einer Bewegung zur Befreiung ganz Mittelamerikas zu sein.“ Erst in jüngster Zeit seien Anzeichen für ein Einlenken erkennbar, es bleibe jedoch abzuwarten, ob es sich um ein taktisches Manöver

oder eine entscheidende politische Kursänderung handle.

Über die allgemeinen Richtlinien der Mittelamerika-Politik hinaus gab die Bundesregierung bekannt, daß die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Nicaragua nicht abgebrochen sei, Neuzusagen aber von der künftigen Politik der Sandinisten abhängig gemacht würden. Beschlossen ist außerdem die Entsendung eines Botschafters nach El Salvador und die Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe für dieses Land.

Verlegenheiten für die Bundesregierung

Um die Entwicklung in Nicaragua und vor allem das amerikanische Engagement in der mittelamerikanischen Krisenregion kreiste denn auch – ausgesprochen oder unausgesprochen – die Debatte im Bundestag. Die Vertreter der Regierungskoalition beschworen die Opposition, innenpolitische Gegensätze nicht am Thema Mittelamerika auszutragen. Einige von ihnen trugen dann aber doch nach Kräften dazu bei, die unterschiedlichen Positionen deutlich werden zu lassen. In der Einschätzung der Lage in Nicaragua unterschieden sich Regierung und Opposition nur wenig: Skepsis über den innen- wie außenpolitischen Kurs der Sandinisten überwog, die Hoffnung auf noch mögliche entscheidende Korrekturen wollte aber auch die Union nicht aufgeben. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, *Winfried Pinger*, hatte guten Grund, an alle Fraktionen zu appellieren: „Helfen Sie mit, die Restbestände des Pluralismus, die es noch gibt, zu stärken, damit das nicaraguanische Volk endlich zur Selbstbestimmung gelangt.“ Uneinigkeit besteht zwischen Regierung und Opposition über neue *Wirtschaftshilfe-Zusagen für Nicaragua*. In der SPD herrscht offenbar die Meinung vor, wer das sandinistische Nicaragua in der jetzigen angespannten Lage nicht unterstütze, treibe es in die falsche Richtung. Die Regierungskoalition neigt dagegen zu der Auffassung, daß die Sandinisten unter Druck am ehesten „einzu lenken“ bereit seien. Während der FDP-Abgeordnete *Helmut Schäfer*, Obmann seiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuß, gegen den „totalitären Machtanspruch“ der Sandinisten, „sich mit dem Volk von Nicaragua zu verwechseln“ protestierte, vertrat die Abgeordnete der Grünen, *Gabriele Gottwald*, die Auffassung, in Nicaragua seien „große Teile der Bevölkerung viel direkter Träger der sozialen und politischen Prozesse als in der Bundesrepublik“.

Das Thema des amerikanischen Engagements in Mittelamerika brachte die Bundesregierung auch in dieser Debatte in einige Verlegenheit. Die Opposition zeigte sich enttäuscht darüber, daß die Bundesregierung das militärische Eingreifen der Amerikaner nicht öffentlich mißbilligt habe. Lediglich *Hans-Jürgen Wischniewski* (SPD) zeigte „Verständnis für die besonderen Interessen der USA in dieser Region“, bat die Vereinigten Staaten aber dringend, ihre derzeitige Mittelamerika-Politik zu überprüfen und „in allen Punkten“ dem Friedensplan der

Contadora-Gruppe anzupassen, was auch für die Sowjetunion und Kuba gelte.

Außenminister Genscher erwähnte die Vereinigten Staaten mit keinem Wort. Dafür wurde der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Jürgen Warnke* (CSU), um so deutlicher: „Die Bundesregierung weist den massiven und emotionalen Antiamerikanismus, der in dieser Debatte zum Vorschein gekommen ist, mit Nachdruck zurück. Wir können die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die Sicherheit der Stadt Berlin und wir können auch nicht die Möglichkeit, meine Damen und Herren von den Grünen, daß Sie ihre Meinungen hier frei und ungehindert sagen können, solange Sie wollen, in die Hände der Vereinigten Staaten von Amerika legen und gleichzeitig legitime amerikanische Sicherheitsinteressen allenfalls mit Schulterzucken, wenn nicht gar mit Häme und Diffamierung behandeln. In dem Bündnis, das uns den Frieden und die Freiheit bewahrt, darf Loyalität keine Einbahnstraße sein.“ Zwischen den Ministern Genscher und Warnke dürfte, was die Regierungsseite betrifft, der Standpunkt der Mehrheit liegen. Neben rein geostrategischen Überlegungen, wie Lateinamerika dauerhaft an den Westen gebunden werden könne, gibt es in der Union auch Kräfte, die bei allem Verständnis für amerikanische Sicherheitsinteressen die Auffassung vertreten, in Mittelamerika stehe weniger der innere Zusammenhalt als vielmehr die *Glaubwürdigkeit* des westlichen Bündnisses auf dem Spiel. Eine Großmacht, die in Berlin für die Prinzipien von Freiheit und Selbstbestimmung eintrete und sie aus machtpolitischen Erwägungen in anderen Weltregionen relativiere, könne nicht auf uneingeschränkte Zustimmung hoffen.

„Loyale Unterlassungen“

Die latente Schwäche der Regierungspolitik zeigt sich an dem in der Debatte gefallenem Stichwort „Loyalität“ des Entwicklungshilfe-Ministers. Bei nüchterner Betrachtung der Rolle, die die Vereinigten Staaten in Mittelamerika und ganz Lateinamerika gespielt haben und weiter zu spielen versuchen, bleibt den westeuropäischen Bündnispartnern wenig mehr, als in der öffentlichen Beurteilung dieser amerikanischen Politik *Zurückhaltung* zu demonstrieren, wie es der deutsche Außenminister in der Aussprache vor dem deutschen Bundestag tat. Das Wort von der Loyalität legt die Vermutung nahe, daß die Deutschen noch immer keine Mitte zwischen mehr als hundertprozentiger Bündnistreue und sprödem bis feindseligem Antiamerikanismus gefunden haben und/oder die Augen vor den historischen und politischen Tatsachen verschließen.

Ottfried Hennig, langjähriger Lateinamerika-Experte der Union, äußerte im vergangenen Herbst die Meinung, die militärische Hilfe in Mittelamerika solle „nicht Priorität haben“. „Nahtlos“ schließe er sich der Einschätzung des amerikanischen Präsidenten Reagan an, nach der der Mittelamerika-Konflikt zwei fundamentale Ursachen habe: „die wirtschaftliche, soziale und politische Unterentwick-

lung und die gewaltsame Ausbeutung dieser Unterentwicklung durch Kuba, Nicaragua und die Sowjetunion“ (in: Hans-Joachim Veen, *Die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Melle 1983, 194 ff.). Die Nichterwähnung der USA im letzten Teil des Satzes gehört zu den „loyalen“ *Unterlassungen*, die aber noch kein Ersatz für eine deutsche Mittelamerika-Politik sind.

Daß der Stellenwert der Mittelamerika-Politik in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik überhaupt eher gering ist, sollte man ohne Illusionen sehen. Die Entwicklungspolitik zählt ihrerseits nicht zu den zentralen Themen deutscher Politik – weder vor noch nach dem Regierungswechsel. Sie ist kostenintensiv und angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage stößt selbst entschlossener entwicklungspolitischer Wille überall an Grenzen. Da ein eigenständiges Konzept zu Mittelamerika fehlt, hat bisher das taktierende Reagieren auf akute politische Veränderungen Vorrang vor mittel- oder langfristigen Denkmodellen gehabt. Zudem ist nicht zu übersehen, daß die starke Betroffenheit der Amerikaner von der Mittelamerika-Krise und ihre daher hochempfindliche Außenpolitik sich lähmend auf die deutschen Ansätze einer entschiedeneren Stellungnahme zur Mittelamerika-Krise ausgewirkt haben und noch auswirken. Nicht zuletzt rührt die Konzeptionslosigkeit auch daher, daß eine sinnvolle, engagierte und umsetzbare deutsche Mittelamerika-Politik unter Berücksichtigung aller, auch der innenpolitischen, Faktoren so schwierig ist, wie auch andere westeuropäische Beispiele zeigen.

Überzeugungsarbeit leisten

Sicher ist die prononcierte Stellungnahme des Entwicklungshilfe-Ministers auf dem Hintergrund einer generell stärkeren Hinwendung der Regierung Kohl zum amerikanischen Verbündeten zu sehen. Gerade darin könnte jedoch auch die Chance für die Bundesrepublik liegen, aus der Position des sicheren Bündnispartners *Überzeugungsarbeit* zu leisten, das heißt, Einsichten zur Mittelamerika-Krise zu vermitteln, die nicht gefällig sein müssen, aber doch in der Gesamtperspektive richtig und hilfreich sein können. Dazu müßten freilich solche Einsichten, aber auch das Selbstbewußtsein vorhanden sein, sie gegenüber den USA zu vertreten. An letzterem scheint es der Bundesrepublik zu fehlen. Daß eine eigenständige deutsche oder europäische Mittelamerika-Politik in der Ergänzung zur amerikanischen Politik insgesamt zu einem positiven Ergebnis kommen dürfte als eine loyale, aber ansonsten untätige Begleitung amerikanischer Interessenpolitik und daher nicht nur richtig, sondern auch nützlich wäre, hört man im Umkreis der Unionsparteien, etwa von Lateinamerika-Experten, nur gelegentlich.

So wäre im Grundsätzlichen zu fragen, ob sich die deutsche Mittelamerika-Politik, da Eigeninteressen weit weniger im Spiel sind als für die Amerikaner, nicht leichter und intensiver mit den politischen Vorstellungen und Wünschen, die die mittelamerikanischen Staaten – ihre Politi-

ker und das Spektrum der gesellschaftlichen Kräfte – artikulieren, auseinandersetzen und sie gegebenenfalls unterstützen kann. Wäre es wirklich inkonsequent und unvernünftig, die sandinistische Regierung in Nicaragua, anstatt sie diplomatisch unterkühlt und wie mit spitzen Fingern zu behandeln, an ihre selbst formulierten demokratischen Prinzipien zu erinnern *und* Wirtschaftshilfe zu gewähren, solange es noch nicht „zu spät“ ist?

Diese *Risikobereitschaft* könnte ein Gegengewicht zu dem krassen und noch wachsenden Antiamerikanismus in Mittel- und Lateinamerika schaffen, der als politischer Faktor hierzulande noch immer unterschätzt wird. Wenn denn die Vereinigten Staaten meinen, das tief diskreditierte *Guatemala* jetzt wieder unterstützen zu müssen, wäre dann unter diesem Gesichtspunkt europäische Hilfe für Nicaragua so unangebracht? Die angekündigte Wirtschaftshilfe für El Salvador, für die Fortführung der Agrarreform und ähnliches gedacht, könnte doch ebenfalls ihren Zweck verfehlen zu einem Zeitpunkt, in dem das Land im Bürgerkrieg lebt und Aufbaumaßnahmen zwischen den Fronten kaum möglich sind. Was läßt sich die Bundesrepublik den Dialog mit dem kommunistisch regierten anderen Teil Deutschlands, der Sowjetunion und anderen Ostblock-Ländern (nicht nur in finanzieller Hinsicht) kosten und mit welcher Arroganz begegnet sie der Regierung eines marxistisch-orientierten Dritte-Welt-Landes, deren politische Unerfahrenheit augenfällig ist? Daß ausgerechnet jetzt die *personelle Entwicklungshilfe für Nicaragua* nicht ausgebaut, sondern die Zahl der Mitar-

beiter des Deutschen Entwicklungsdienstes reduziert werden soll, ist eine „Destabilisierungsmaßnahme“ im amerikanischen Sinn. Ihr Nutzen ist nicht auszumachen.

Positive Ansätze für eine Intensivierung der Mittelamerika-Politik sind in dem von den Regierungsparteien angeregten „Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika“ und der mehrfach geäußerten Absicht zu sehen, Entwicklungshilfe verstärkt über Nicht-Regierungsorganisationen zu leisten. (Die beiden Kirchen erhielten aus dem BMZ-Haushalt dieses Jahres Zusagen über 196 Millionen DM gegenüber 184 Millionen DM im Vorjahr.)

Es wäre zu wünschen, daß in den „ständigen politischen Dialog“ der Bundesregierung mit den USA auch die Erfahrungen und Einsichten der Politiker (aus den Reihen der CDU/CSU und FDP) einfließen, die in den letzten Monaten Mittelamerika besucht haben und die Lage dort wesentlich differenzierter beurteilen, als die amerikanische Regierung in Wort und Tat erkennen läßt. „Verdeckte“ amerikanische Hilfe für nicaraguanische Konterrevolutionäre, Truppenzusammenziehungen in Honduras, die verstärkte Präsenz der Marine in den mittelamerikanischen Gewässern „zur Absicherung der salvadorianischen Wahlen“ und Aufklärungsflüge über El Salvador zur Ortung der Guerilla-Verbände sind eben keine „nachdrückliche Unterstützung der Friedensbemühungen der Contadora-Staaten“, wie sie die Bundesregierung den Vereinigten Staaten in der parlamentarischen Antwort noch bescheinigte.

Gabriele Burchardt

Die „winterliche“ Kirche und die Chancen des Christentums

Ein Gespräch mit Karl Rahner

Am 5. März ist Karl Rahner 80 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß sprachen wir mit ihm nicht über die großen Linien seiner Theologie, die anderwärts vielfältig dargestellt und gewürdigt worden sind, sondern über die Gegenwartsfrage der Kirche. Die Fragen stellte David Seeber.

HK: Herr Professor Rahner, Sie sprechen oft, in den letzten Jahren besonders häufig, von der „winterlichen Kirche“. Trifft dieses Bild die gegenwärtige Situation der Kirche und die der in einer profanen Umwelt lebenden Christen?

Rahner: Ich weiß nicht genau, wer diesen Ausdruck geprägt hat. Ich habe ihn sicher oft verwendet. Er trifft nicht die Kirche schlechthin und den Eindruck, den sie in der ganzen Welt macht, sondern er will unsere mitteleuropäische Kirche und den Eindruck, den sie macht, charakterisieren. Ich weiß nicht, wie die Situation der Kirche in Südamerika oder in gewissen Ländern Afrikas zu beurteilen ist. Ich kann mir vorstellen, daß dort ein offensives

Christentum und eine außerordentlich zukunftsreiche Kirche lebt, aber ich meine, bei uns in Mitteleuropa ist die Situation nicht so. Wir müssen nur die Zahlen betrachten, z. B. wie es mit dem Nachwuchs in den Orden bestellt ist. Wir bräuchten uns nur zu fragen, wie viele Kinder in größeren Städten bei uns schon nicht mehr getauft werden, mit welcher Selbstverständlichkeit auch unter getauften Katholiken die Ehescheidung hingenommen wird, wie man denkt bezüglich der Frage, ob man sich überhaupt noch kirchlich trauen lassen sollte usw. Die Kirche als solche ist in Europa ganz eindeutig in einer Defensive.

„Wir haben kein Recht aufzugeben“

HK: Aber Kirchlichkeit und Christlichkeit sind vermutlich gerade in Europa nicht dasselbe ...

Rahner: Natürlich nicht. Es ist damit überhaupt nicht gesagt, daß auch die allgemeine menschliche, gesellschaftliche Atmosphäre wirklich so unchristlich ist, wie die